

Kreisverwaltung Kleve • Postfach 15 52 • 47515 Kleve

Stadt Rees  
Der Bürgermeister  
Markt 1  
46459 Rees

<b>Stadt Rees</b>									
Eing.: 05. JULI 2022 (Bitte stets angeben) → Zeichen:									
I	II	III	1	2	3	4	5	6	
Stadtwerke					Abwasserbetrieb				

Fachbereich: Technik  
Abteilung: Bauen und Umwelt - Verwaltung  
Dienstgebäude: Nassauerallee 15 - 23, Kleve  
Telefax: 02821 85-700  
Ansprechpartner/in: Frau Gall  
Zimmer-Nr.: 1.399  
Durchwahl: 02821 85-356  
Datum: 04.07.2022  
(Bitte stets angeben) → Zeichen: 6.1/6.3-610-00080-2022-

## Kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees;

**59. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees zur Änderung einer gewerblichen Baufläche Mischbaufläche sowie einer öffentlichen Grünfläche in Wohnbaufläche im Stadtbezirk Rees**

**Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung der Stadt Rees gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB**

Bericht vom 19.05.2022; Az.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur o. g. Planung wird von mir folgende Stellungnahme vorgetragen.

### Als Untere Naturschutzbehörde bzgl. des Artenschutzes:

Auf Ebene der Flächennutzungsplanänderung sind die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung zu berücksichtigen. Weder durch die Änderung des Flächennutzungsplans noch durch die Aufstellung eines Bebauungsplans oder einer Satzung können die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 (1) BNatSchG ausgelöst werden. Möglich ist dies später jedoch durch die Realisierung der konkreten Bauvorhaben.

In dem im Verfahren vorgelegten „Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (ASP I), 59. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk Rees“, mit Stand 25.04.2022, bearbeitet von OEKOPLAN Ingenieure GmbH Co. KG; Hamminkeln, können im Plangebiet Fortpflanzungsstätten mehrerer planungsrelevanter Arten nicht ausgeschlossen werden. Durch die Umsetzung des Planvorhabens würden daher die Verbotstatbestände des § 44 (1) Nummer 1 und 3 BNatSchG i.d.g.F. (Zugriffsverbote) ausgelöst werden.

Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden planungsrelevanten Arten:

- Fransenfledermaus
- Rauhaufledermaus
- Zwergfledermaus
- Braunes Langohr

Lieferanschrift  
Kreisverwaltung Kleve  
Nassauerallee 15 – 23  
47533 Kleve

Sprechzeiten  
montags bis donnerstags  
von 09:00 bis 16:00 Uhr  
freitags von 09:00 bis 12:00 Uhr

Sparkasse Rhein-Maas  
IBAN: DE04 3245 0000 0005 0016 98  
BIC: WELADED1KLE

Sparkasse Krefeld  
IBAN: DE51 3205 0000 0323 1121 44  
BIC: SPKRDE33

Postbank Köln  
IBAN: DE32 3701 0050 0027 9175 01  
BIC: PBNKDEFF



- Zweifarbfledermaus
- Steinkauz
- Mehlschwalbe
- Kleinspecht
- Rauchschnalbe
- Mehlschwalbe
- Gartenrotschnalnz
- Star

Wird bei solch einer Vorprüfung eine mögliche Betroffenheit festgestellt, ist eine Artenschutzprüfung der Stufe II (ASP II) erforderlich. Hierbei wird bei einer Bestandserfassung vor Ort festgestellt, welche Arten tatsächlich in dem überplanten Bereich vorkommen. Sofern planungsrelevante Arten festgestellt wurden, werden vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sowie Vermeidungsmaßnahmen benannt. Die Betroffenheit der Arten kann auch in worst-case-Betrachtungen erfolgen, wenn sie geeignet sind, den Sachverhalt angemessen zu erfassen; entsprechend werden dann CEF-Maßnahmen und Vermeidungsmaßnahmen formuliert.

Neben den oben aufgeführten fünf planungsrelevanten Fledermausarten und sieben planungsrelevanten Vogelarten sind mir als Unter Naturschutzbehörde Bruten der planungsrelevanten Art Saatkrähe im Plangebiet aus den Vorjahren bekannt.

Auf die zu berücksichtigende Jahreszeitabhängigkeit bei der Erfassung der Tierarten für die ASP II wird ausdrücklich aufmerksam gemacht. Die im „Leitfaden ‚Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in Nordrhein-Westfalen - Bestandserfassung und Monitoring-‘ Schlussbericht zum Forschungsprojekt des MKULNV (2017)“ gemachten Vorgaben sind zu berücksichtigen. Die Kartierer, das Datum der Kartierung und die Kartierzeiten sind zu benennen.

Die aufgrund des § 44 (5) BNatSchG durch zuführende Artenschutzprüfung wird durch mich als zuständiger Unterer Naturschutzbehörde u.a. in Bezug auf die Eignung der Vermeidungsmaßnahmen (incl. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen) und ggf. des Risikomanagements beurteilt und ist einer gemeindlichen Abwägung nicht zugänglich (Vergleich Kapitel 3.2 „Verbindliche Bauleitplanung“ in: Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben; Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 22.12.2010).

Daher bin ich im weiteren Verfahren nochmals zu beteiligen. Das bestehende Gebäude sowie die Bäume und Sträucher können, da die Verbotsvorschriften des § 44 (1) BNatSchG zu beachten sind erst abgerissen bzw. Gefällt/gerodet werden, wenn eine einzelfallbezogene, abschließende Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange durchgeführt und ggf. notwendige CEF-Maßnahmen durchgeführt wurden.

#### **Als Untere Naturschutzbehörde bzgl. des Naturschutzes:**

Zur vorliegenden Planung bestehen keine Bedenken.

Ich bitte im weiteren Verfahrensverlauf zu beachten, dass der im Ursprungsplan als Grünfläche festgesetzte Bereich mit seiner parkartigen Ausprägung aufgrund des alten Gehölzbestandes mit einer Wertigkeit von 4 Punkten (Code 4.2, Zier- und Nutzgarten struktureich; Ergänzung zur Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft im Kreis Kleve, 2001) in der Eingriffs-/ Ausgleichsbilanz zu bewerten ist.

#### **Als Untere Wasserbehörde:**

Sofern anfallendes Niederschlagswasser vor Ort versickert werden soll, ist aufgrund des geringen Grundwasserflurabstandes in weiten Teilen des Plangebietes eine Versickerung nur über die "belebte Bodenzone" möglich.

In diesem Zusammenhang sollten die Boden-/ Versickerungsverhältnisse mittels eines Bodengutachtens geprüft werden.

#### **Als Untere Bodenschutzbehörde:**

Gegen die Planung werden keine grundsätzlichen Bedenken vorgebracht.

Ich weise aber darauf hin, dass nicht nur, wie in der Begründung beschrieben, im nördlichen Teil eine als Altstandort im Altlastenverdachtsflächenkataster eingetragene Fläche vorhanden ist, sondern im Südteil sich zusätzlich eine Altablagerung befindet.

Für die Altablagerung (Aktenzeichen 69 31 11-1347) wurden bereits stellenweise Bodenverunreinigungen nachgewiesen, die jedoch für eine geplante sensible Nutzung noch nicht ausreichend eingegrenzt wurden. Hier wären weitere Bodenuntersuchungen zur Gefährdungsabschätzung für die geplante Nutzung notwendig.

Im Bereich des Altstandorts (Aktenzeichen 69 32 11-1346) ist, wie in der Begründung zitiert, eine gutachterliche Begleitung des Rückbaus und der Entsiegelung notwendig, um kleinräumige Verdachtspunkte zu überprüfen.

#### **Als Untere Immissionsschutzbehörde:**

Aus Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken.

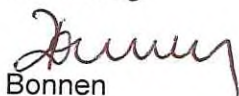
In dem Umweltbericht wird unter Kapitel 1.1.2 die Lärmsituation in Bezug auf Straßenverkehrslärm betrachtet.

Zur Beurteilung von Verkehrslärm (Straßen und Schienenwege) gilt die Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) vom 12.06.1990 in der zurzeit gültigen Fassung.

Die Zuständigkeit der sich aus der Verordnung ergebenden Pflichten obliegt nicht mir als Untere Immissionsschutzbehörde, sondern dem Träger der Baulast.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Bonn